

Konsultation: "Elysée-Vertrag: Zusammen den Blick in die Zukunft richten"

Zusammenfassung der Workshops, die während der Veranstaltung zur Präsentation der Ergebnisse stattfanden.

Am 1. Juni 2023 stellten Civico Europa, Make.org und die Europäische Akademie Berlin sowie die verschiedenen Partner:innen der Initiative die Ergebnisse der Konsultation "Elysée-Vertrag: Zusammen den Blick in die Zukunft richten" im Historischen Museum des Saarlandes in Saarbrücken vor. Vom 22. Januar bis zum 23. April hatten sich mehr als 50.000 deutsche und französische Bürger:innen mit 1.783 Vorschlägen und 942.000 Abstimmungen an diesem Dialog beteiligt, der sich um die Frage drehte: **"Für welche Ideen sollten sich Frankreich und Deutschland in Europa einsetzen?"**



Bei dieser Veranstaltung in Saarbrücken wurden Workshops organisiert, in denen Bürger:innen, Expert:innen und Partner:innen der Konsultation zusammenkamen, um diese Ideen und ihre konkreten Auswirkungen zu diskutieren. 4 Themenbereiche, die sich aus der Konsultation und den Prioritäten der Bürger:innen ergeben hatten, wurden in diesem Rahmen diskutiert:

- Energie: Eine gemeinsame Energiestrategie entwickeln
- Bildung: Synergien im Bildungsbereich innerhalb Europas fördern
- Mobilität: Öffentliche Verkehrsmittel verbessern, vor allem das Schienennetz
- Umwelt: Eine gemeinsame Strategie zum Klima- und Umweltschutz stärken

Im folgenden Verlauf werden die Protokolle dieser Workshops dargestellt. Die Diskussionen, die in diesen Workshops geführt wurden, und der Austausch bei dieser

Veranstaltung ergänzen die Ergebnisse der Online-Konsultation. Eine Zusammenfassung dieser Beiträge wird den Exekutiven beider Länder zur Kenntnis gebracht.

- **Mobilität: Öffentliche Verkehrsmittel verbessern, vor allem das Schienennetz**

Eine gemeinsame beliebte Idee von deutschen und französischen Bürger:innen, die an der Konsultation teilgenommen haben

Diese Idee war während der ersten Phase der Konsultation in beiden Ländern präsent und hat mehrheitlich in Deutschland und Frankreich Zustimmung erhalten.

Die Bürger:innen sprechen die Notwendigkeit an, den Schienenverkehr in Europa weiter auszubauen sowie ihn zugänglicher und erschwinglicher für alle Bürger:innen zu gestalten. Sie schlagen hierfür verschiedene Lösungen vor: massive Investitionen in den Ausbau des Schienennetzes in den entlegendsten Gebieten, die Verdichtung und Vergrößerung des bestehenden Netzes, die Schaffung einer europäischen öffentlichen Eisenbahngesellschaft, die Zusammenlegung von Ressourcen und die Reduzierung der Ticketpreise sowie die Förderung von günstigeren und praktischeren Langstrecken-Zugverbindungen, insbesondere von Nachtzügen. Einige Vorschläge setzen den Schwerpunkt zudem auf die Notwendigkeit, die Verbindungen zwischen den europäischen Hauptstädten zu vereinfachen und internationale Bahntickets anzubieten, die günstiger als Flüge sind.

Der Austausch während des Workshops begann mit der Vorstellung dieser Prioritäten der Bürger:innen, die aus der Konsultation hervorgegangen war. Um dies zu veranschaulichen, waren zwei Bürger:innen, die an der Konsultation teilgenommen hatten, anwesend, um diese Priorität zu verkörpern und ihre Vorschläge zu entwickeln: Bénédicte (Nantes) und Éric (Region Paris).

Eric

Il faut, en commençant par la France et l'Allemagne, permettre de se déplacer partout en train, passagers comme marchandises.

Man sollte, beginnend in Frankreich und Deutschland, die Möglichkeit schaffen, sich überall mit dem Zug fortzubewegen, sowohl Passagiere als auch Güter.

77% - 13% - **10%**

Bénédicte

Il faut avoir des trains faciles de nuit ou de jour pour relier les capitales et l'ouest de la France sans faire de changements à Paris.

Man sollte einfache Tag- und Nachtzüge haben, die die Hauptstädte und Westfrankreich miteinander verbinden, ohne in Paris umsteigen zu müssen.

81% - 14% - **5%**



Nach einer ersten Diskussions- und Feedbackrunde im Anschluss an die Präsentation dieser beiden Vorschläge wurden die Workshopteilnehmenden aufgefordert, über Empfehlungen und Maßnahmen nachzudenken, die zur Erfüllung dieser Prioritäten umgesetzt werden sollten, insbesondere um das Reisen mit dem Zug in ganz Europa zu erleichtern.



- **Kosten & Zugänglichkeit**

Die ersten Ideen gehen von einer Erkenntnis und einem Konsens der Konsultation aus: Der Schienenverkehr in Europa muss ausgebaut werden, indem er für alle Bürger:innen zugänglicher und erschwinglicher gemacht wird, mit einer zentralen Frage: Wie können die Kosten des Zugfahrens gesenkt werden? Wohl wissend, dass das Schienennetz weiter ausgebaut werden muss, damit es die Mobilitätserwartungen der Bürger:innen besser erfüllen kann, schlägt ein Teilnehmer des Workshops beispielsweise vor, **den Zugverkehr durch Steuern auf umweltschädlichere Verkehrsmittel zu finanzieren, beispielsweise durch eine Steuer auf Autobahnen.**

Auf deutsch-französischer und europäischer Ebene wird eine Harmonisierung mit **einem einheitlichen, sehr attraktiven (oder sogar kostenlosen) Jugendtarif gewünscht, der den Austausch junger Europäer (Schule, Ausbildung, Urlaub, ...)** erleichtern würde. Die Maßnahmen der Europäischen Union zu diesem Thema (DiscoverEU) und von Frankreich und Deutschland (60.000 kostenlose Tickets für junge Deutsche und Franzosen für den Sommer 2023) gehen für die Teilnehmenden des Workshops in die richtige Richtung, aber sie wünschen sich hier etwas Dauerhafteres und etwas, das unter den Bürger:innen - vor allem den jüngeren - besser bekannt ist und das in ihrem Alltag genutzt werden kann.

- **Die Nutzung des Zuges im Alltag der Bürger:innen einfacher machen**

Die Bürger:innen, die an dem Workshop teilnahmen, stellten auch direkt eine Verbindung zwischen der Zugänglichkeit von Zügen und der **Notwendigkeit einer allgemeinen Vereinfachung für alle Nutzer:innen her.** Über die **Angleichung der Tarife** hinaus findet man auch eine **Harmonisierung der Systeme zum Kauf von Zugtickets** in den Diskussionen wieder.

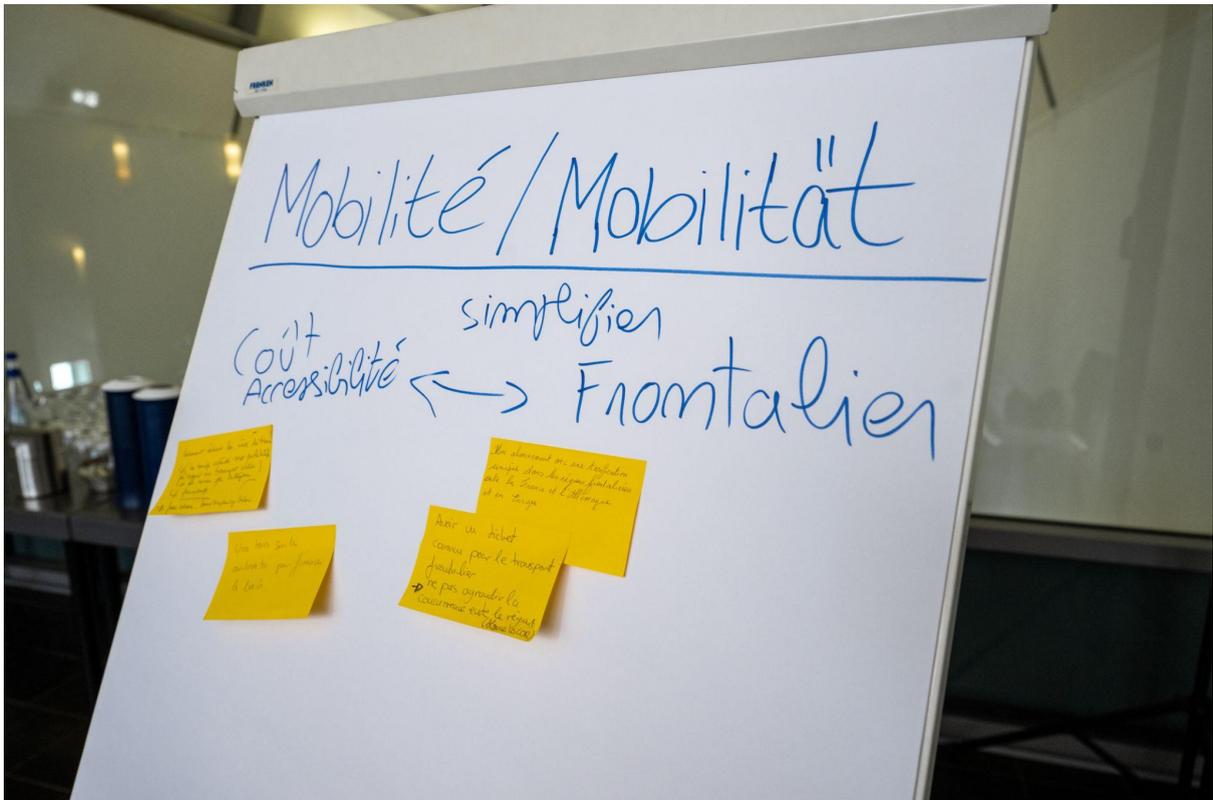
Die Vereinfachung der Nutzung auch auf der Ebene der Zugverbindungen. Diese Empfehlung entspricht insbesondere dem Vorschlag von Bénédicte, für die es zwar wichtig ist, die europäischen Hauptstädte besser zu verbinden (mit dem Beispiel der direkten Linie Paris - Berlin, die derzeit eingerichtet wird), aber man für man dafür nicht die Verbindungen der großen europäischen Städte vernachlässigen sollte. Außerdem sollten die **Verbindungen und Bahnwechsel einfacher und angenehmer gestaltet werden.** Sie nennt dabei das Beispiel einer Reise von Nantes nach Brüssel oder jedes anderen Ziels nördlich von Paris, die zwangsläufig über die französische Hauptstadt führen muss, und mit einem Bahnwechsel, der insbesondere bei einer Reise mit einer großen Familie komplex sein kann, verbunden ist.

Die Teilnehmenden des Workshops berichteten auch von ihren unterschiedlichen Erfahrungen mit Zugreisen mit einer Verbindung, und wünschen sich **eine Erhöhung der Wartezeiten am Bahnhof zwischen zwei Zügen oder zumindest eine Mindestzeit, die es ermöglicht, den Druck auf die Nutzer:innen zu verringern,** insbesondere wenn diese in großer Zahl und/oder mit Kindern reisen. Diese Mindestzeit würde es auch ermöglichen, wahrscheinliche Verspätungen besser auszugleichen und verpasste Anschlüsse zu begrenzen.

- **Vereinfachung der Nutzung - das grenzüberschreitende Beispiel unterstreicht die Anstrengungen, die zwischen den französischen und deutschen Regionen unternommen werden müssen.**

Mehrere Teilnehmende des Workshops konnten auch über ihre Erfahrungen mit dem Zugfahren in grenzüberschreitenden Regionen berichten. **Dieses grenzüberschreitende Beispiel bekräftigt die ersten beiden Empfehlungen zur Zugänglichkeit und Vereinfachung:**

- Ein gemeinsames Ticket für den grenzüberschreitenden Verkehr haben.
- Den Wettbewerb zwischen den Regionen nicht vergrößern.
- Einrichtung eines gemeinsamen Fonds für den grenzüberschreitenden Schienenverkehr



- **Ein deutsch-französisches Pilotprojekt / ein deutsch-französischer Impuls für den europäischen Schienenverkehr.**

Diese Erfahrungsberichte rund um die grenzüberschreitenden Herausforderungen haben die Teilnehmenden dazu veranlasst, sich zu fragen, inwieweit Frankreich und Deutschland von **einem deutsch-französischen Pilotprojekt** mit den Grenzregionen und -ländern ausgehen könnten, um ein besseres Bahnangebot zwischen den beiden Ländern zu schaffen, das für den Alltag der Bürger:innen einfacher und einheitlicher ist. Ein solches Pilotprojekt würde es laut den Teilnehmenden des Workshops insbesondere ermöglichen, die Erwartungen der Deutschen und Franzosen zu erfüllen, könnte aber auch dazu genutzt werden, **einen deutsch-französischen Impuls für den europäischen Schienenverkehr** zu schaffen (oder zu bekräftigen), der langfristig die Schaffung eines echten öffentlichen europäischen Schienenverkehrsdienstes ermöglichen könnte.

- **Das Ideal eines europäischen öffentlichen Eisenbahndienstes.**

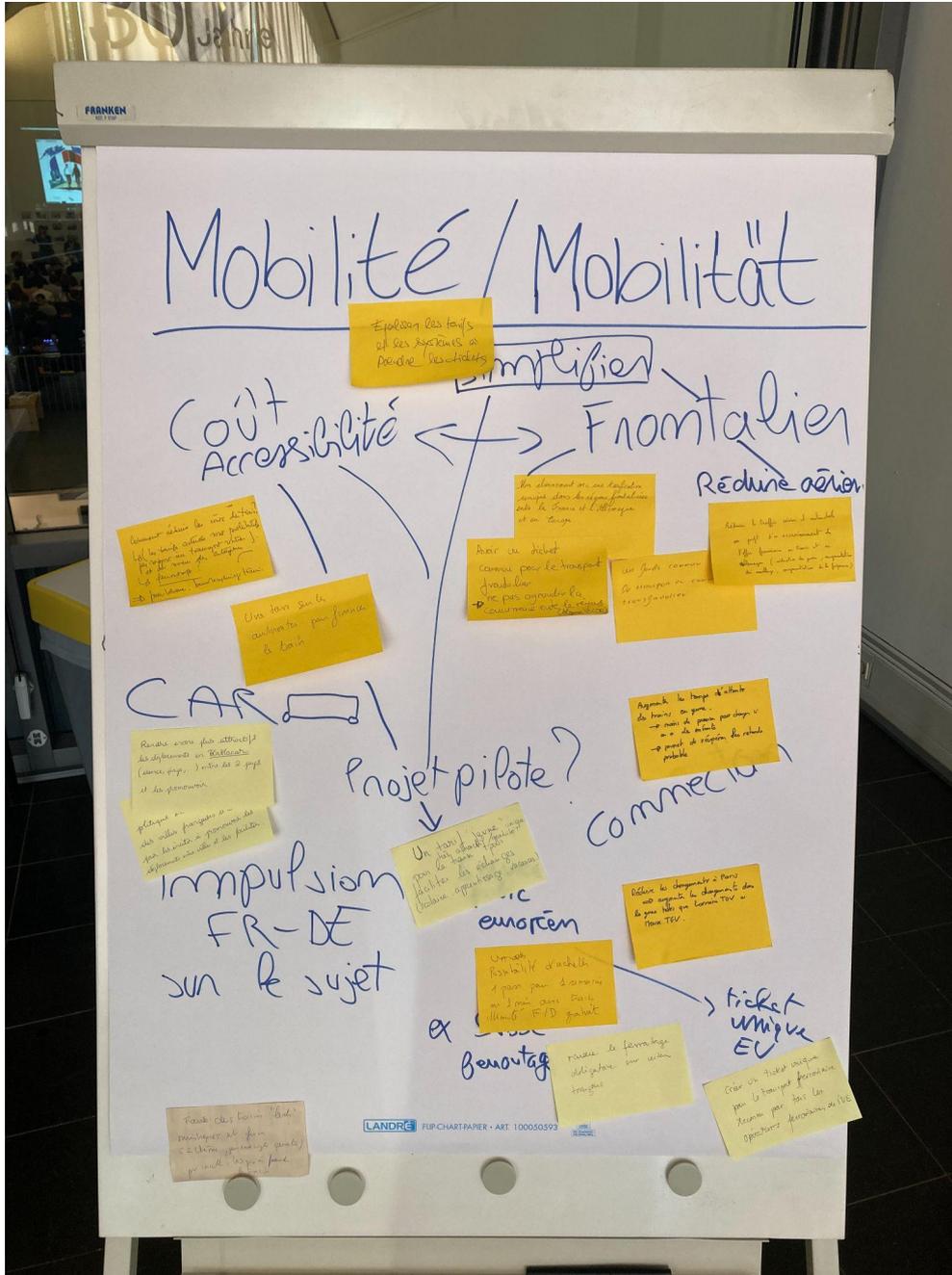
Diese Idee und der Begriff "europäischer öffentlicher Eisenbahndienst" stammen aus der Online-Konsultation, wurden aber von den Teilnehmenden des Workshops aufgegriffen und diskutiert. Viele waren nämlich erstaunt, dass nach so viel Zusammenlegung auf europäischer Ebene bei anderen Themen die **Harmonisierungsbemühungen im Eisenbahnbereich für die Bürger:innen nicht sichtbar oder konkret genug gemacht werden**. Eine Teilnehmerin wunderte sich insbesondere darüber, dass es immer noch nationale Unternehmen und eine starke Nationalisierung des Eisenbahnsektors gebe, obwohl auf europäischer Ebene etwas getan werden könnte, um diese stärker aneinander anzunähern. Den Teilnehmenden gelang es nicht, hier weiterzukommen und konkrete Empfehlungen zu formulieren, mit Ausnahme der Idee, **ein einheitliches europäisches Ticket für den Schienenverkehr einzuführen, das von allen Bahnbetreibern in der EU anerkannt wird**.

- **Es geht nicht nur um die Bahn: Flug- und Autoverkehr reduzieren, aber auch andere nachhaltige Verkehrsarten bekannt machen.**

Der Großteil der Diskussionen in diesem Workshop drehte sich um das Schienennetz (die Beispiele Japan und Schweiz (zur Autoverladung per Zug) wurden bei dieser Gelegenheit ebenfalls erwähnt), aber die Teilnehmenden des Workshops behielten die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs als Diskussionschwerpunkt bei, in Verbindung mit **dem Wunsch, sich weiterhin fortzubewegen, aber auf weniger umweltschädliche Weise**.

Angesprochen wurde insbesondere das Beispiel einer Autobahnsteuer zur Finanzierung des Zugverkehrs, aber auch der Wunsch, **andere Fortbewegungsarten, wie Fahrgemeinschaften, attraktiver und sichtbarer zu machen**, mit der Möglichkeit, diese stärker grenzüberschreitend zu fördern und anzuwenden. Auch der Güterverkehr wurde mit der Empfehlung angesprochen, die **Autoverladung per Zug auf bestimmten Streckenabschnitten zur Pflicht zu machen**.

Schließlich wurde in den Gesprächen auch die **Reduzierung des Flugverkehrs (und des Autoverkehrs) angesprochen**. Auch wenn es sich hierbei um eine Kontroverse auf der Ebene der Online-Konsultation handelte, betonten die Teilnehmenden des Workshops dennoch den **Wunsch nach einem besseren "Wettbewerb" des Flugverkehrs in Europa mit der Entwicklung eines angepassten und zugänglichen Bahnangebots** in Frankreich, Deutschland und auf europäischer Ebene. Eine Teilnehmerin schlussfolgerte: *"Damit kommen wir auf den ersten angesprochenen Punkt zurück: Man muss auch aufhören, jedes Mal den umweltschädlichsten Verkehr am billigsten zu haben, das kann mit besser zugänglichen und praktischen Zügen erreicht werden"*.



- **Energie**

- **Eine gemeinsame Energiestrategie entwickeln**

Eine gemeinsame beliebte Idee von deutschen und französischen Bürger:innen, die an der Konsultation teilgenommen haben

Diese Idee war während der ersten Phase der Konsultation in beiden Ländern präsent und hat mehrheitlich in Deutschland und Frankreich Zustimmung erhalten.

Die Teilnehmenden sind zunehmend besorgt über die Energiekrise und sehen es als notwendig an, gemeinsam an nachhaltigen Lösungen zu arbeiten. Für sie ist die energetische Unabhängigkeit, die Zusammenarbeit und eine gemeinsame Strategie auf EU-Ebene notwendig, um der Energiekrise zu begegnen. Dabei sollen erneuerbare Energiequellen, Energiespeicher, eine verringerte Importabhängigkeit und eine Begrenzung der Umweltbelastungen gefördert werden

- **Die Energiepreise reformieren**

Eine gemeinsame beliebte Idee von deutschen und französischen Bürger:innen, die an der Konsultation teilgenommen haben

Diese Idee war ausschließlich in der französischen Konsultation der ersten Phase präsent. Im Verlauf der zweiten Phase haben wir die deutschen Teilnehmenden gebeten, auf diese Idee zu reagieren. Sie ist in beiden Ländern beliebt.

In beiden Ländern zeigt sich ein Konsens rund um die Notwendigkeit, die Art und Weise zu ändern, wie Strom- und Gaspreise in Europa berechnet werden. Dadurch sollen sie gerechter, nachhaltiger und wettbewerbsfähiger werden. Die vorgeschlagenen Lösungen beinhalten: eine Desindexierung der Preise, unterschiedliche Tarife in Abhängigkeit von den realen Erzeugungskosten, eine Entkarbonisierung der Stromerzeugung sowie die Abschaffung bestimmter Vereinbarungen und Verträge zu Energietarifen. Insgesamt sollen Lösungen gefunden werden, um die Kosten für die Verbraucher:innen zu senken und die Energiebeschaffung nachhaltiger zu gestalten.

Thomas

Il faut réduire nos dépendances énergétiques et être plus compétitif sur les offres d'énergie que l'on propose.

Man sollte seine Energieabhängigkeit verringern und bei den Energieangeboten, die man anbietet, wettbewerbsfähiger sein.

80% - 10% - 10%

Maximilian

Il faut investir davantage dans la jeunesse des deux pays.

Man muss mehr in die Jugend beider Länder investieren.

Zu Beginn des Workshops haben Thomas (Neukaledonien, studiert derzeit in Straßburg) und Maximilian (Hamburg) ihre Vorschläge vorgestellt und näher erläutert. Thomas erklärt, dass die Energieunabhängigkeit vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine und der Tatsache, dass viele der Materialien, die z. B. für die Herstellung von Solarpanels benötigt werden, in China produziert werden, besonders wichtig ist.

Maximilian kontextualisiert auf der Grundlage seines Wunsches, mehr in die Jugend zu investieren, die wichtige Rolle, die Energiefragen für zukünftige Generationen spielen werden, und inwiefern wir die Energiestrategie und die Energiepreise auch für zukünftige Generationen denken müssen. Das Thema Energie hat große wirtschaftliche Auswirkungen und beeinflusst somit die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit Europas auf dem Weltmarkt. Im Hinblick auf die Zukunft junger Menschen ist ein gemeinsames Vorgehen innerhalb der EU in Energiefragen aus Sicht der Diskussionsteilnehmenden ein nachhaltiger Ansatz.



Nachdem Maximilian und Thomas ihre Vorschläge erläutert hatten, teilte Gilles Moëc, Chief Economist bei AXA, als Experte aktuelle Punkte zur Energiepolitik mit. Er wies insbesondere darauf hin, dass die Energiepreise in Zukunft weiter steigen dürften: Sowohl "traditionelle Energiequellen" - wie Gas - als auch erneuerbare Energiequellen, die immer noch stark subventioniert werden, werden teurer werden. Er betonte auch die Tatsache, dass Deutschland und Frankreich unterschiedliche Ansichten zur Atomenergie haben. Daher sei es notwendig, die Koordination zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu verstärken, um im internationalen Diskurs abgestimmt zu handeln und gemeinsam vorausschauend zu handeln.



Im Anschluss auf diese Einleitung durch Thomas, Maximilian und Gilles Moéc wurden die Teilnehmenden dazu aufgefordert, auf die Vorschläge zu reagieren und sich Gedanken über eine mögliche Umsetzung der Vorschläge zu machen. Diese wurden auf Post-its gesammelt und anschließend gemeinsam diskutiert.



- **Eine gemeinsame europäische Energiestrategie entwickeln**

Der Wunsch nach einer gemeinsamen Koordination der Energiepolitik innerhalb der EU wurde im Workshop besonders betont. Dabei spielt insbesondere die Solidarität in den Grenzgebieten eine Rolle, mit der Möglichkeit, sich in Krisenzeiten gegenseitig zu unterstützen. Auch die Notwendigkeit einer gemeinsamen Strategie zur Diversifizierung beim Kauf und der Nutzung von Energie wurde angesprochen. Eine gemeinsame Industriepolitik zur Erleichterung der Ansiedlung von Unternehmen, die Windkraftanlagen und Solarpaneele bauen, könnte nach Ansicht der Teilnehmenden ebenfalls eine Lösung sein. Ein vorgeschlagener Ansatz war auch, die gemeinsame

Strategie auf die Entwicklung von Wasserstoff zu konzentrieren, da sich Deutschland und Frankreich in Bezug auf die Kernenergie nicht einig sind. Eine Zusammenlegung der europäischen Patente könnte den Forschungsbereich ebenfalls voranbringen. Ein Verbot von Zinsen auf Energieschulden und mehr kooperative Initiativen im Energiesektor wurden ebenfalls vorgeschlagen.

Grundsätzlicher wurde die Bedeutung solcher Entscheidungen für zukünftige Generationen hervorgehoben.



- **Die Energieabhängigkeit der EU verringern.**

Die Teilnehmenden des Workshops waren sich auch darin einig, dass wir nicht von Ländern außerhalb der EU abhängig sein sollten, insbesondere wenn diese unsere Werte nicht teilen. Es wurde betont, dass der Umstieg auf erneuerbare Energien uns nicht unbedingt weniger abhängig machen wird, da beispielsweise Solarpaneele zum Teil in China produziert werden. Eine Teilnehmerin nannte beispielsweise als Ansatzpunkte für eine gemeinsame Strategie ein **gemeinsames Projekt zur Dekarbonisierung**, eine Weiterentwicklung der Atomindustrie und der Offshore-Windenergie.

- **Die Formen der Energie für die Zukunft**

Die Frage, welche Energieformen künftig besonders gefördert werden sollten, führte zu unterschiedlichen Ansätzen. Die Teilnehmenden des Workshops erwähnten beispielsweise die Notwendigkeit, über erneuerbare Energien ganzheitlich nachzudenken, um zu verhindern, dass "grüner Stahl" mit Atomenergie produziert wird. Weitere Punkte betrafen die Kernenergie, die Frage der Abfalllager und ihre Relevanz angesichts der Klimakrise sowie die Uranressourcen und ihre Grenzen. Auch die Möglichkeit, die Kernenergie zu nutzen, um in unvorhergesehenen Situationen eine

gewisse Flexibilität zu bewahren, wurde angesprochen. Schließlich schlugen die Teilnehmenden vor, die Akzeptanz von erneuerbaren Energien zu erhöhen, um Reaktionen wie "aber nicht in meiner Nähe" zu vermeiden.



- **Muss der Energieverbrauch gesenkt werden? Wenn ja, wie?**

Bei der Sammlung konkreter Maßnahmen zur Verringerung des Energieverbrauchs traten unter den Teilnehmenden des Workshops widersprüchliche Punkte auf. Nach einer Erklärung wurde klar, dass die Meinungsverschiedenheiten auf unterschiedliche Ansichten der Teilnehmenden zu den **potenziellen Auswirkungen einer Verringerung unseres Energieverbrauchs auf unsere Wettbewerbsfähigkeit** zurückzuführen waren.

So sagte eine Teilnehmerin, dass wir unseren Energieverbrauch aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit nicht senken könnten. Andere erwiderten, dass eine gemeinsame und koordinierte Senkung des Energieverbrauchs in der EU automatisch bedeuten würde, dass die europäischen Länder nicht mehr gegeneinander konkurrieren würden. Auch das Risiko, gegenüber anderen Großmächten wie China an Gewicht zu verlieren, wurde angesprochen. Die Teilnehmenden fragten sich insbesondere, ob dadurch die Werte, die die EU in der Welt vertritt, an Kraft verlieren könnten. Sie betonten auch, dass es schwierig sein würde, den Energieverbrauch zu senken, insbesondere im Bereich der künstlichen Intelligenz.

Eine Teilnehmerin wies in der Diskussion darauf hin, dass die Senkung des Energieverbrauchs zunächst Bereiche betreffen könnte, die sich kaum auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirken. Die Teilnehmenden argumentieren, dass viele Innovationen zu erheblichen Energieeinsparungen führen könnten, damit Maschinen, Transportmittel wie Autos und Züge sowie Geräte und Anlagen energieeffizienter arbeiten. Auch die **Abschaffung der geplanten Obsoleszenz** / des geplanten Verschleißes wurde genannt.

Weitere Ansatzpunkte zur Verringerung des Energieverbrauchs sind die Regulierung der industriellen Produktion, eine Debatte über die Verteilung des Verbrauchs zwischen Privatpersonen und Unternehmen sowie die Abkehr von einigen "luxuriösen Aspekten des Fortschritts".

- **Bildung**

- **Synergien im Bildungsbereich innerhalb Europas fördern**

Eine gemeinsame beliebte Idee von deutschen und französischen Bürger:innen, die an der Konsultation teilgenommen haben

Diese Idee war während der ersten Phase der Konsultation in beiden Ländern präsent und hat mehrheitlich in Deutschland und Frankreich Zustimmung erhalten.

Beide Länder befürworten eine Stärkung des Bildungswesens und die Förderung von schulischen und universitären Austauschprogrammen zwischen Deutschland und Frankreich. Sie bestehen darauf, dass dieser Austausch zwischen den beiden Ländern gefördert und vervielfältigt werden sollte. Dies ist Teil des Bestrebens, das gegenseitige Wissen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen. Gleichzeitig unterstützen die Teilnehmenden beider Länder die Förderung des frühen Erlernens europäischer Sprachen und die Anerkennung von Abschlüssen innerhalb der Europäischen Union.



Wie die anderen Workshops begann auch der Workshop zum Thema Bildung mit Adrian (Köln) und Thomas J. (Paris), zwei Teilnehmern der Konsultation, die ihre Vorschläge, die sie während der Online-Konsultation auf der Plattform eingereicht hatten, vorstellten.

Adrian schlägt vor, den Studierenden beider Länder mehr Möglichkeiten zu geben, während der Ferien in anderen europäischen Ländern Praktika zu absolvieren oder zu arbeiten. Thomas J. schlug vor, dass Deutschland und Frankreich in der Schule Geschichte und Versöhnung und nicht nur Kriege unterrichten sollten, um so die deutsch-französische Freundschaft und das, was sie in den letzten 60 Jahren bewirkt hat, zu betonen.

Adrian

Les élèves des deux pays devraient avoir davantage l'occasion de travailler ou de faire un stage dans l'autre pays pendant les vacances.

Man sollte Schüler:innen aus beiden Ländern verstärkt die Gelegenheit geben, im anderen Land in den Ferien zu arbeiten/Praktikum zu machen.

79% - 13% - 8%

Thomas

Il faut que la France et l'Allemagne enseignent l'histoire de leur réconciliation à l'école.

Man sollte einfache Tag- und Nachtzüge haben, die die Hauptstädte und Westfrankreich miteinander verbinden, ohne in Paris umsteigen zu müssen.

72% - 15% - 13%



Zwei Experten wurden gebeten, zu diesen beiden Vorschlägen und allgemein zu den Prioritäten der Bürger:innen, die aus der Konsultation zum Thema Bildung hervorgegangen waren, Stellung zu nehmen:

- Tremeur Denigot, Ko-Vorsitzender von Civico Europa und Bildungsexperte und Mitglied des Joint Research Centre der Europäischen Kommission, betonte insbesondere die Notwendigkeit guter Bildungsangebote und der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern.
- Felix Lennart Hake, Gründer des Deutsch-Französischen Jugendausschusses und Senior Associate bei 365 Sherpas, rief in einer Videobotschaft zu einem gemeinsamen Engagement und einer lösungsorientierten Diskussion auf.

Im Anschluss an diese Einführung und Beiträge wurden die Teilnehmenden des Workshops dazu aufgefordert, über Empfehlungen und Maßnahmen nachzudenken, die umgesetzt werden sollten, um diese Priorität und den Wunsch nach mehr Bildungssynergien in Europa zu verwirklichen.



- **Die Bildungs- und Berufsmobilität zwischen Deutschland und Frankreich erleichtern: Das Erasmus-Programm und den internationalen Austausch erweitern.**

Viele der Ideen beziehen sich auf das Erasmus-Programm und zielen darauf ab, die deutsch-französische Zusammenarbeit durch die Förderung der Studierendenmobilität und des interkulturellen Verständnisses zu stärken. Zu den Vorschlägen gehören die **Entwicklung von Erasmus-Hochschulprogrammen, die von den Universitäten unabhängig sind**, die Aufwertung von Erasmus-Aufenthalten bei Arbeitgebern, die **Schaffung eines Erasmus-Programms für Schüler der Sekundarstufe I**, die Ausweitung von Erasmus über Schüler/Studenten hinaus, um auch **Lehrkräfte, insbesondere Sprachlehrer, einzubeziehen**, und die Einführung eines Erasmus-Programms für Lehrer an Schulen. Ein Austausch auf Lehrerebene wird vorgeschlagen, um den Mangel an Französischlehrer:innen in der deutschen Grundschule und umgekehrt zu beheben.

Die Teilnehmenden des Workshops waren sich auch darüber einig, dass neue Finanzierungsquellen für Auslandsaufenthalte und Praktika gefunden werden müssen, um die finanzielle Belastung für die Studierenden zu verringern und die Kommunikations- und Sensibilisierungskampagnen rund um Austauschprogramme wie Erasmus zu beschleunigen. Es wurde auch vorgeschlagen, Forschungs- und Promotionsprogramme über europäische Universitäten mitzufinanzieren. Schließlich wurde vorgeschlagen, allen Studierenden die Möglichkeit zu geben, ins Ausland zu gehen, unabhängig von ihren anfänglichen Sprachkenntnissen.

Ein Vorschlag sieht vor, jährliche Quoten für die Sokrates/Erasmus-Programme einzuführen, mit Geldstrafen für Länder, die diese nicht erreichen, und diese Geldstrafen zur Finanzierung von Austauschmaßnahmen zu verwenden.

Weitere Ideen umfassen die Schaffung einer deutsch-französischen Institution, um den Austausch von Schüler:innen, die während der Ferien im anderen Land arbeiten, zu erleichtern, **die grenzüberschreitende Berufsausbildung wiederzubeleben und binationale duale Programme zu erleichtern**. Generell wird vorgeschlagen, den deutsch-französischen Austausch in der beruflichen Bildung auszubauen und Erasmus-Aufenthalte bei Arbeitgeber:innen stärker zu würdigen.

Ziel ist es, den internationalen Austausch zu fördern, das Erlernen von Sprachen bereits in jungen Jahren zu unterstützen, die Lust auf ein neues Land zu wecken und die Bildungs- und Berufsmobilität zwischen Frankreich und Deutschland zu erleichtern.

- **Deutsch-französischen Brigaden ausbauen.**

Es wird auch vorgeschlagen, deutsch-französischen Brigaden auszubauen, die die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern fördern.

- **Das Erlernen von Sprachen fördern.**

Die folgenden Ideen beziehen sich auf die Förderung des Sprachenlernens im frühen Kindesalter, indem das Erlernen von Französisch oder Deutsch bereits in der Grundschule ermöglicht wird. Es wird auch vorgeschlagen, den Schwerpunkt auf mündliche und

konversationelle Programme in den Schulen zu legen, um den Gebrauch von Fremdsprachen zu fördern. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, **obligatorische, in den Lehrplan integrierte Auslandssemester einzuführen, die es den Schüler:innen ermöglichen würden, internationale Erfahrungen zu sammeln**. Weitere Ideen sind, die europäische Klassen nicht nur den Schüler:innen mit den besten Noten vorzubehalten oder das europäische Abitur und das Abibac allgemein einzuführen.

- **Deutsch-französische Zusammenarbeit im beruflichen Bereich**

Weitere Ideen beziehen sich auf die deutsch-französische Zusammenarbeit im beruflichen Bereich, wie die **Entwicklung des deutsch-französischen Austauschs in der Berufsbildung**, die Intensivierung des Austauschs zwischen deutschen und französischen Handelskammern und die **Förderung internationaler Mobilitätsprogramme in Unternehmen**. Andere Ideen zielen darauf ab, die Verbindungen zwischen Erasmus-Alumni durch den Ausbau von Alumni-Netzwerken zu stärken und mehr berufliche Chancen zu ermöglichen.

- **Das Verständnis und die Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich stärken**

Schließlich zielen einige Ideen darauf ab, das Verständnis und die Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland zu stärken, wie die **Einrichtung von Nomadenmuseen der deutsch-französischen Versöhnung** und die Einladung von Lehrer:innen des anderen Landes, um die positiven Entwicklungen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu präsentieren. Außerdem wird vorgeschlagen, die Nutzung der e-twinning-Plattform zu kultur- und geschichtsbezogenen Themen allgemein zu verbreiten und für alle Mitgliedsländer gemeinsame Bildungsprogramme über die Funktionsweise der Europäischen Union zu erstellen.

- **Umwelt [Workshop fand online statt]**

- **Eine gemeinsame Strategie zum Klima- und Umweltschutz stärken**

Eine gemeinsame beliebte Idee von deutschen und französischen Bürger:innen, die an der Konsultation teilgenommen haben

Diese Idee war während der ersten Phase der Konsultation in beiden Ländern präsent und hat mehrheitlich in Deutschland und Frankreich Zustimmung erhalten.

Die Teilnehmenden beider Länder haben durch Vorschläge und Abstimmungen ihre Bedenken in Bezug auf den Umweltschutz und die Bekämpfung des Klimawandels auf europäischer Ebene geäußert. Sie bringen die Notwendigkeit zum Ausdruck, sich auf die besten Optionen und Lösungen zu einigen, um die Umweltkrise zu bekämpfen. Die verschiedenen beliebten Maßnahmen, die sie vorschlagen, beinhalten: eine ambitionierte Forstpolitik, um die Wald-Ökosysteme zu erhalten, eine CO₂-Abgabe auf aus China importierte Produkte, um Industrie und Handwerk lokal wieder aufzubauen, eine Zollgebühr auf Produkte, die von außerhalb der Europäischen Union stammen, eine gemeinsame Politik für den Umweltschutz, um die Konformität der in der EU gehandelten Produkte sicherzustellen, eine gemeinsame Politik zum Erhalt der Artenvielfalt sowie Anreize zur Verwendung von recycelten oder recycelbaren Materialien.

Zu Beginn dieses Workshops, der den Prioritäten der Bürger:innen zum Thema Umwelt gewidmet war, stellte Bernard (Paris), ein französischer Teilnehmer an der Konsultation, seinen Vorschlag vor. Die allgemeine Idee seines Vorschlags ist die Wiedereinführung einer Kohlenstoffsteuer für LKWs, die die Straßeninfrastruktur nutzen.

Bernard

Il faut rétablir la taxe carbone pour les camions qui utilisent nos infrastructures.

Man sollte die Kohlenstoffsteuer für Lastwagen, die unsere Infrastruktur nutzen, wieder einführen.

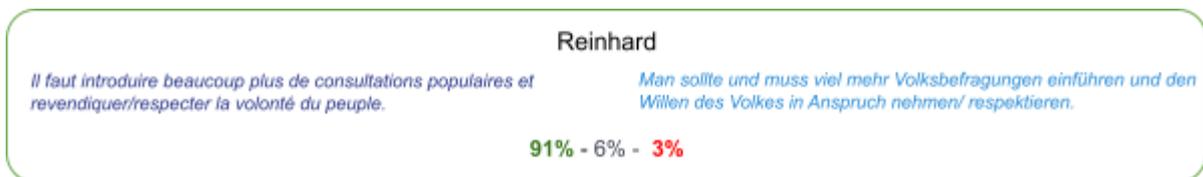
79% - 14% - **7%**

Er erläutert, dass es insbesondere in der Bretagne mit der Bewegung der "Rotmützen" nach der Installation von Portalen zu Protesten gekommen sei. Diese Proteste hätten dazu geführt, dass das Projekt der CO₂-Besteuerung von LKWs aufgegeben wurde und die bereits gebauten, finanzierten und aufgestellten Portale nie in Betrieb genommen wurden. Er beschreibt, dass die deutsche und die französische Regierung seitdem sie diese Maßnahme aufgegeben haben, versuchen, so viel wie möglich auf Autoverladung per Zug zu setzen, bei dem ganze LKWs auf einen Zug verladen werden. Seine Idee ist es, die Kohlenstoffsteuer auf LKWs für diejenigen wieder einzuführen, die weiterhin Autobahnen nutzen und nicht mit Autoverladung per Zug arbeiten. Er sagte: "Wenn wir jedes Mal, wenn es Bewegungen gibt, die es uns verbieten, einen Vorschlag weiterzuverfolgen, aufgeben, dann werden wir nie wieder etwas tun".



Aus technischen Gründen konnte Reinhard (Mecklenburg-Vorpommern) seinen Vorschlag nicht beim Workshop vorstellen, dieser wurde aber dennoch beim Workshop präsentiert und diskutiert.

Sein Vorschlag bestand darin, dass man viel mehr Volksbefragungen einführen und den Willen des Volkes berücksichtigen/respektieren sollte, insbesondere im Zusammenhang mit dem Thema Umwelt.



David Mas, Direktor des *Data & Citizen Insights* Teams bei Make.org, gab den Teilnehmenden anschließend einige Kontextelemente im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Konsultation zum Thema Umwelt.

Es handelt sich um ein Thema, bei dem 4 Ideen in dieser deutsch-französischen Konsultation besonders stark befürwortet wurden:

- **Eine gemeinsame Strategie zum Klima- und Umweltschutz stärken**
- Eine gemeinsame Energiestrategie entwickeln [Energie-Workshop]
- **Die Artenvielfalt in Europa schützen und erhöhen**
- **Erneuerbare Energien stärker entwickeln**

Anhand der Ergebnisse der Konsultation erläutert David Mas, dass die Forderungen der Bürger:innen sehr stark mit dem europäischen Green Deal in Verbindung stehen, der wichtigsten europäischen Politik, die die ökologischen Ambitionen der Europäischen Union verkörpert.

Der Green Deal wurde von der Europäischen Kommission bereits 2019 ins Leben gerufen, mit dem Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2021 um 55 % im Vergleich zu 1990 zu senken (das vorherige Ziel lag bei 40 %). Er enthält besondere Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen, die in Gesetespaketen insbesondere zur Biodiversität, zu erneuerbaren Energien oder auch zum Verkehr (was sich mit Bernards Vorschlag deckt) enthalten sind, wobei die Gesetze anschließend auf nationaler Ebene umgesetzt werden müssen. Dieser Green Deal besteht auch aus einem Investitionsfonds in Höhe von 1 Billion Euro, um Unternehmen und Haushalte bei diesem Übergang zu unterstützen.

David Mas beschreibt auch andere Handlungsmöglichkeiten der EU, wie die Reform des Marktes für Emissionszertifikate. Dieser Markt führt eine Art Kohlenstoffsteuer auf die Industrie ein. Er umfasst bislang nicht die Bauindustrie in Deutschland und die Transportindustrie, wird aber um diese erweitert. Außerdem wird es eine Kohlenstoffsteuer an den Grenzen geben, um die europäischen Sektoren zu schützen, die mit Produkten aus Nicht-EU-Ländern konkurrieren, die nicht unter diese Kohlenstoffsteuer auf Industrien fallen. Schließlich gibt es noch das Verbot des Verkaufs von neuen Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor ab 2035, das in letzter Minute in Deutschland nochmal nachverhandelt wurde.

Um die Ziele zur Bekämpfung des Klimawandels zu erreichen, sind auch Maßnahmen auf nationaler Ebene erforderlich. So hat Deutschland 8 Milliarden Euro bereitgestellt, um konkrete Maßnahmen umzusetzen, den Übergang zu beschleunigen und den Klimaschutzpakt zu reformieren. In Frankreich hat die Regierung kürzlich die Grundzüge der ökologischen Planung vorgestellt, die auch die Reduktionsanstrengungen verdoppeln soll, um mit den europäischen Zielen Schritt zu halten.

Die Vorschläge müssen also auf einer der beiden Ebenen angesiedelt sein, um diese Ziele zu erreichen: auf europäischer Ebene und auf der Ebene der nationalen Politik der einzelnen Mitgliedsstaaten.

Als Reaktion auf Reinhardts Vorschlag ging David Mas auch auf die Beteiligung von Bürger:innen ein und erklärte, dass diese zunehme, insbesondere mit einem auf europäischer Ebene neuartigen Experiment: der Konferenz zur Zukunft Europas (2021-2022). Mit ausgelagerten Bürger:innen-Panels und einer Online-Plattform, um die Vorschläge der europäischen Bürger:innen zu sammeln und Tausende von Veranstaltungen in ganz Europa zu verbreiten, hat die Arbeit der Konferenz zur Zukunft Europas zu 49 Vorschlägen und 320 Maßnahmen geführt, die derzeit von den europäischen Institutionen untersucht werden, um sie umzusetzen und ihre Prioritäten zu erfüllen. In Frankreich führte der Bürger:innen-Konvent für das Klima im Jahr 2020 zu 150 Vorschlägen, um die Kohlenstoff- und Treibhausgasemissionen zu reduzieren. In Deutschland wird 2023 die erste vom Parlament beauftragte Bürger:innen-Versammlung (Bürgerrat) zum Thema Ernährung eingerichtet werden. Diese Ansätze der Beteiligung von Bürger:innen nehmen also zu und sind wichtig, da die Veränderungen in allen Branchen zu sozialen Konflikten führen werden, die durch Dialog gelöst werden müssen.



- **Jede Gemeinde sollte ein Nachbarschaftskomitee haben, um lokale Klimaschutzmaßnahmen zu diskutieren.**

Ein Teilnehmer bringt diese Idee vor und bringt damit den Gedanken der lokalen partizipativen Demokratie in die Debatte ein. David Mas geht darauf ein und betont, dass partizipative Demokratie in der Tat auf allen Ebenen stattfindet und dass die lokale Ebene eine Schlüsselrolle spielt. In Frankreich gebe es beispielsweise "Nachbarschaftsräte", um Fragen rund um die Energiewende zu diskutieren. Er betont jedoch, dass es wichtig sei, mehr Menschen als die üblicherweise in den Stadtteilräten anwesenden Bürger:innen zu versammeln, um eine echte Aneignung und Akzeptanz der getroffenen Maßnahmen zu erreichen, die ko-konstruktiv gestaltet werden können.

- **Wie kann eine gemeinsame europäische Energiewende mit unterschiedlichen Energiemixen erreicht werden?**

Eine andere Teilnehmerin betonte die Schwierigkeit eine gemeinsame europäischen Politik zu diesen Themen zu finden, da die EU-Mitgliedstaaten nicht denselben Energiemix haben und kein Land mehr für seine Energie bezahlen möchte. Sophie Pornschlegel, Moderatorin des Workshops und ehemalige Mitarbeiterin eines europäischen Think Tanks, erklärt, dass dies eine der größten Hürden für eine gemeinsame europäische Politik sei: Die Länder beschuldigen sich gegenseitig, die Umwelt stärker zu verschmutzen und sind nicht bereit, "für andere zu zahlen".



- **Wie kann eine Energiewende sozial gestaltet werden? An wen werden die Kosten der Energiewende weitergegeben?**

Ein Teilnehmer reagierte auf Bernards Vorschlag einer Kohlenstoffsteuer für LKWs und betonte, dass eine solche Steuer zu einem Anstieg der Lebensmittelpreise führen könnte, die aufgrund der Inflation bereits teuer sind, was letztendlich die Bürger:innen treffen würde. Darüber hinaus betont Bernard selbst, dass seiner Meinung nach große Ängste vorhanden seien, insbesondere in Bezug auf die Frage nach Autos. Die Bürger:innen hätten Angst davor, dass sie sich ein viel teureres Elektroauto kaufen müssten, um beispielsweise ein Dieselfahrzeug zu ersetzen. Es gibt also eine Angst und einen echten Wunsch nach einem fairen Übergang, der die am stärksten Betroffenen entschädigt.

[Ab sofort könnt ihr den finalen Ergebnisbericht der Online-Konsultation abrufen und ansehen!](#)

👉 [Version auf Deutsch](#)

👉 [Version auf Französisch](#)